

Inhaltlich-thematisch lückenhaft und fachhistorisch mit Mängeln behaftet

Eine Katalog- und Ausstellungskritik

Peter Erler

Am 15. August 1994 rückten die letzten russischen Militäreinheiten aus der dem Pfingstberg in Potsdam vorgelagerten innerstädtischen Sperrzone ab. Sie hinterließen neben vielen von der Sowjetarmee zweckentfremdeten Wohn- und Funktionsgebäuden auch ein völlig umgebautes und äußerlich stark entstelltes Haus, welches von der militärischen Spionageabwehr des KGB und seinen Vorgängerstrukturen bis in die achtziger Jahre hinein als zentrales Untersuchungsgefängnis in der SBZ/DDR genutzt wurde. Die Grundsubstanz der Haftzellen im Keller der Leistikowstraße 1, unter anderem mit Eisentüren, Vergitterungen und Holzpritschen sowie mit über 1 200 Häftlingsinschriften an den Wänden, war noch weitestgehend erhalten. Nach der Rückübertragung der Liegenschaft an den Evangelisch-Kirchlichen Hilfsverein (EKH) als Alteigentümer und der Freigabe der ehemaligen Tabuzone „Militärstädtchen Nr. 7“ durch den Potsdamer Bürgermeister am 3. April 1995 wurde die überraschte Öffentlichkeit mit diesem einmaligen Relikt der sowjetkommunistischen Repressionspraxis auf deutschem Boden konfrontiert.

Bald darauf ergriffen ehemalige Häftlinge, geschichtsinteressierte Bürger und Vertreter von Menschenrechtsorganisationen die Initiative und traten auch gegen die Vorbehalte von Brandenburger Landes- und Lokalpolitikern für die Erhaltung des EKH-Hauses in seiner überlieferten Form und für die Einrichtung einer Gedenkstätte ein.

Durch dieses ehrenamtliche Engagement konnten in der Folgezeit Tausende Besucher ohne Einschränkung alle Räumlichkeiten des ehemaligen Geheimdienstgefängnisses besichtigen. Darüber hinaus informierte eine von Memorial Deutschland e.V. erarbeitete Ausstellung von 1997 bis 2005 über die Geschichte des Ortes und dokumentierte, vorwiegend auf der Grundlage von Zeitzeugeninterviews, das Schicksal von 60 Inhaftierten.¹

Ausgehend vom damaligen Forschungsstand konzentrierte sich diese Exposition thematisch auf die Repressionsvita der betroffenen Frauen und Männer („Verhaftung“, „Verhöre“, „Urteile“, „Haftalltag“, „Strafvollzug“, „Entlassung“), wobei die von ihnen geschilderten bzw. beschriebenen Haftgeschehnisse und -orte im Mittelpunkt standen. Als originale Objekte waren eiserne Bettgestelle und klobige Nachttische aus der späteren Gefängnisgeschichte in die „Memorial-Ausstellung“ integriert.

Die neue museale Schau² an diesem geschichtsträchtigen Ort entstand unter Regie der im Dezember 2008 gegründeten und von der Bundesrepublik Deutschland und vom Land Brandenburg geförderten unselbständigen Stiftung Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße. Bereits vor ihrer von massiven Protesten ehemaliger Gefängnisinsassen und Opferverbänden begleiteten Eröffnung am 18. April 2012 stand sie intern und medial in der Kritik (Abb. 1).³ Auf Anraten des wissenschaftlichen Beirats, des

1 Die Memorial-Ausstellung ist im Internet unter <http://www.von-potsdam-nach-workuta.de> abrufbar.

2 Laut Gedenkstättenleiterin Reich versteht sich die „Gedenkstätte [...] als zeithistorisches Museum mit besonderen humanitären und bildungspolitischen Aufgaben“ (S. 12).

3 Zur Eröffnung siehe zum Beispiel: Neißer, Wilfried: Gefängnis ohne Kontext. Museum zu Anstalt des sowjetischen Militärgeheimdienstes neu eröffnet. In: Neues Deutschland v. 19.04.2012; Die

Gedenkstättenkuratoriums und zweier externer Gutachter mußten mehrmals und auch noch in der Endphase des Projekts wichtige Texte überarbeitet oder ergänzt werden. Der ursprüngliche Eröffnungstermin konnte dadurch nicht eingehalten werden.⁴ Dagegen wurden prinzipielle Einwände am Ausstellungskonzept, so zum Beispiel an der inhaltlichen Schwerpunktsetzung, weitgehend ignoriert.



Abb 1: Häftlingsprotest zur Eröffnung der Dauerausstellung in der Gedenkstätte Leistikowstraße. Auf dem Plakat befindet sich eine Anspielung auf den Leiter der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten Günter Morsch. Foto: Tobias Voigt.

Die Ausstellung zeigt auf rund 1 000 Quadratmetern etwa 400 Exponate, Kopien von Fotos und Dokumenten sowie dreidimensionale Objekte. Weitere Informationen vermitteln sechs Medienstationen mit 30 Interviewsequenzen, vier Bildschleifen mit 60 gescannten Fotos und Dokumenten sowie einer Multimediastation.

Konzipiert und realisiert wurde die Exposition von der Leiterin der Gedenkstätte Dr. Ines Reich und der wissenschaftlichen Mitarbeiterin Maria Schultz, welche vor ihrer Anstellung in der Stiftung als freie Mitarbeiterin am Frankreich-Zentrum der

Täter als „nette Menschen“ bzw. Potsdam: KGB-Museum eröffnet – Opfer protestieren gegen Beschönigung der Verbrechen. In: Preußische Allgemeine Zeitung v. 30.04.2012.

4 Dauerausstellung im ehemaligen sowjetischen Untersuchungsgefängnis eröffnet. In: Potsdamer Neueste Nachrichten v. 18.04.2012; Alexander Fröhlich: Dauerstreit um neue KGB-Gedenkstätte in Potsdam. In: Der Tagesspiegel v. 19.04.2012; Nur ein Kollateralschaden? Gespräch mit Bodo Platt, Sprecher der Zeitzeugeninitiative Ehemaliges KGB-Gefängnis Leistikowstraße. In: Der Sta-cheldraht, Nr. 4/2012, S. 8.

Freien Universität Berlin tätig war. Beide Historikerinnen sind auch die Herausgeber des Museumskatalogs.⁵

Er enthält die deutsche Fassung fast aller Texte der Exposition. Verzichtet wurde auf den Abdruck der Erläuterungen für einige funktionale Räume – Zellen, Korridore, Vernehmerzimmer. Keinen Hinweis gibt es auf eine umfängliche Auflistung von ehemals im Potsdamer Stadtgebiet angesiedelten sowjetischen Militär- und Geheimdienstobjekten in Raum 2 im Obergeschoß.

Bei der bildlichen Wiedergabe der gezeigten Dokumente, Fotos, Objekte und der eingesetzten Medienstationen im Katalog wurde stark selektiv verfahren. Auf welcher Grundlage die Auswahl beruht, bleibt unklar. Gerade die weggelassenen Faksimiles einiger wenig bekannter Archivunterlagen enthalten interessante Detailinformationen. Dagegen werden in der Ausstellung gleich sieben und im Katalog vier Kopien von sogenannten Überstellungslisten gezeigt, die eigentlich immer den gleichen Sachverhalt illustrieren.

Etagengrundrisse mit der räumlichen Anordnung der Exposition und einen sehr anschaulichen Lageplan des „Militärstädtchens Nr. 7“ präsentieren die Autorinnen Reich und Schultz auf den Umschlagseiten der Museumspublikation, ohne allerdings die Orte für Sonderausstellungen und den noch einzurichtenden „Raum der Besinnung“ zu kennzeichnen.

Auf eine streng thematisch-chronologische Strukturierung des Katalogs verzichten die Historikerinnen. Anders als in der Ausstellung bildet der Abschnitt „Geschichte des Ortes“ den Schlußteil. Irritierend wirkt in diesem Zusammenhang die Positionierung einer Wanderausstellung über die „Geschichte der Brandenburgischen Frauenhilfe“ im Erdgeschoß. Der entsprechende Medienkubus wird als Teil der Dauerausstellung wahrgenommen.

Inhaltlich lassen sich die Texte und Abbildungen des Begleitbandes zwei größeren Komplexen zuordnen: Geheimdienststrukturen und Gefängnisverwaltung sowie Häftlingsschicksalen und Haftbedingungen.

Der erste den „Tätern“ gewidmete Komplex wird in großem Maße vom Schriftgut und den Privatfotos von Rafail Goldfarb dominiert. Er war der Dolmetscher der Vernehmerabteilung und lief 1949 zum amerikanischen Militärgeheimdienst CIC über. Die in diesem Zusammenhang präsentierten Dokumente erwecken einen recht verarmenden Eindruck.

Goldfarb selbst ist in der Exposition auf acht Fotos zu sehen. Insbesondere mit dem unausgewogenen, überdimensionierten Einsatz der für die historische Forschung ohne Zweifel hochinteressanten Goldfarb-Unterlagen setzen sich die Ausstellungsmacherinnen massiv dem Vorwurf aus, die Leistikowstraße 1 von einer Gedenk- und Begegnungsstätte in ein Spionage- oder KGB-Museum umwandeln zu wollen. Dieser Eindruck wird noch verstärkt durch die teilweise geradezu detailversessenen Darstellungen sowjetischer Verwaltungsstrukturen und anderer eher für Spezialisten interessanter Sachverhalte.

In Bezug auf den „Täterbereich“, welcher nicht gerade eine intensive Forschungsarbeit widerspiegelt, sind eine Reihe fachlicher Mängel und Unzulänglichkeiten zu vermerken.

5 Reich, Ines/Schultz, Maria (Hrsg.): Sowjetisches Untersuchungsgefängnis Leistikowstraße Potsdam (Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Band 33). Berlin: Metropol 2012, 236 S., 19 €.

Offen bleibt zum Beispiel, warum explizit die Fotos des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten Lawrenti Berija und seines Stellvertreters Iwan Serow gezeigt werden, obwohl sie auf die Aktivitäten der Spionageabwehr Smersch im Betrachtungszeitraum keinen unmittelbaren Einfluß hatten. Ebenso fraglich ist die Einbeziehung des sogenannten Internierungsbefehls Nr. 00315. Bisher ist keine Person bekannt, die auf Grundlage dieser NKWD-Order in das Potsdamer Abwehr-Gefängnis eingeliefert wurde. So ist es auch nicht verwunderlich, daß es zum Beispiel die kleinen NSDAP-Funktionäre als Häftlingskategorie in der Leistikowstraße nicht gab.

Reich und Schultz beziffern, ohne eine namentliche Konkretisierung vorzunehmen, die Anzahl der 1945 mit der Roten Armee nach Deutschland gekommenen sowjetischen Geheimdienste auf „vier“. Dadurch bleibt ungeklärt, welches von den fünf damals existierenden mit Spionage und geheimpolizeilichen Aufgaben betrauten Organisationsgebilden der UdSSR nach ihrer Auffassung in der östlichen Besatzungszone nicht vertreten war. In dem der historischen Entwicklung gewidmeten Organigramm werden für den besagten Zeitabschnitt dann nur noch drei Dienste erwähnt.

Darüber hinaus ist diese Strukturübersicht für die Leistikowstraße 1 nur bedingt von Relevanz. Sie ignoriert spezifische Entwicklungslinien in der SBZ/DDR. Dort unterhielt die militärische Spionageabwehr auch nach der Eingliederung der „Smersch-Verwaltung“ in das Staatssicherheitsministerium 1946 eine eigenständige Organisationsstruktur. Ihre Befehle erhielt sie direkt aus Moskau.

Probleme haben Reich und Schultz auch mit der exakten Bezeichnung der verschiedenen Untergliederungen der Dienste und der Zuordnung von Dokumenten. So wird von ihnen mehrfach mißachtet, daß 1946 die Volkskommissariate in Ministerien umbenannt und die Operativen Sektoren auf Landesebene dem MGB unterstellt wurden. Als Beleg für „Festnahmen durch die militärische Spionageabwehr“ zeigen sie ein faksimiliertes Dokument, in dem von einer Verhaftung durch den Kommandanturdienst der Stadt Potsdam berichtet wird.

Gründlicherer Recherchen hätte es auch bedurft, um den eigentlichen Status der damals noch multifunktionalen Leistikowstraße 1 in ihrer ersten Existenzphase von 1945 bis Anfang 1947 zu ermitteln. Zu dieser Zeit gab es im oberen Stockwerk noch Hafträume, die mit Bett und Matratze ausgestattet waren, beheizt wurden und keine Sichtblenden an den Fenstern hatten. Für Freigänge existierte im Hof ein großer runder Käfig aus Stacheldraht.⁶ Außerdem nutzte die Spionageabwehr auch die Kellerräume des Nachbargebäudes in der Leistikowstraße 2 für den Einschluß von Gefangenen und Verurteilten. Ende 1946/Anfang 1947 wurde das ehemalige EKH-Gebäude im Zuge der Neuordnung der sowjetischen Geheimdienstlandschaft in der SBZ erneut umgebaut⁷ und diente wahrscheinlich erst danach als zentrales Untersuchungsgefängnis (Untersuchungsisolator) der Verwaltung Spionageabwehr des MGB bei der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland.

Die Herausgeberinnen behaupten in diesem Zusammenhang, daß „Die Spionageabwehr [...] ein [sic!] sogenanntes Mobiles Feldgefängnis“ unterhielt, welches ab Sommer 1945 in der Leistikowstraße disloziert war. Unabhängig davon, daß die Existenz

6 Hoeffding, Waldemar: Als Gefangener in der russischen Zone Deutschlands. Teil IV. In: Neue Zürcher Zeitung v. 30.01.1949; Pöller, Reinhard: Freiheit ist der Atem des Lebens. Unauslöschlich – Zehn geraubte Jahre (1946 bis 1956), o. O. 2004, S. 19.

7 Pöller, Reinhard / Buchner, Richard: Reinhard Pöller (*1926). Potsdam-Bautzen I-Torgau. Zehn Jahre in den Gefängnissen von KGB und Stasi (1945 bis 1956). Zeitzeugengespräch in Potsdam, Gedenkstätte ehem. KGB-Gefängnis Leistikowstr. 1 am 18. Mai 2004 und Interview am 25.10.2003 in Leipzig (aufgezeichnet von Dr. Richard Buchner, Berlin) 2004, S. 4.

einer solchen Einrichtung in der SBZ noch oder wieder für das Jahr 1949 belegt ist⁸, gab es den Strukturen der Gegenspionage nachgeordnete Feldgefängnisse oder Feld-Untersuchungs-Isolatoren kurz nach Kriegsende in jeder größeren sowjetischen Militäreinheit ab Divisionsebene.⁹ Neben der Einrichtung im entstehenden „Militärstädtchen“ befand sich in Potsdam ein weiteres Smersch-Gefängnis in der Viktoriastraße 54. Darüber hinaus dürfte auch der Abwehrabteilung der 5. Stoßarmee, die bis November 1946 in der brandenburgischen Landeshauptstadt stationiert war, eine eigene Haftanstalt unterstanden haben.¹⁰

Als ein großes Defizit ist anzusehen, daß für den Zeitraum ab 1955 keine Angaben zum Gefängnispersonal gemacht werden.

Prinzipiell ist anzumerken, daß ausgehend von den in der Ausstellung tangierten Tätigkeitsfeldern der militärischen Spionageabwehr in diesem konkreten Fall der Gebrauch der kategorisierenden Bezeichnung „Geheimpolizei“ statt „Geheimdienst“ angeraten wäre.

Im zweiten im Begleitbuch wiedergegebenen Ausstellungskomplex offerieren Reich und Schultz schematisierte Biographien und Objekte von neunzehn ehemaligen Insassen der Leistikowstraße 1 und 2.

Aus dem Rahmen fällt hier das Gruppenfoto mit Angehörigen zweier Widerstandsgruppen aus dem Lager Suchobeswodnoje ohne Biographieteil und ergänzende Exponate. Diese durch die farbliche Gestaltung der Bildüberschrift hervorgehobene Abbildung ist der einzige Hinweis in der Ausstellung auf Bodo Platt, der in Potsdam als Achtzehnjähriger zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde.¹¹ Eine solche offensichtliche Mißachtung und Ignoranz seiner Betroffenenbiographie resultiert womöglich aus dem Engagement von Platt im Beirat der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Dort vertritt er die Interessen der Opfer und profilierte sich als einer der schärfsten Kritiker der Gedenkstättenleiterin Ines Reich und ihres Ausstellungskonzepts.¹²

31 weitere, mehr oder weniger ausführlich dargestellte Haftfälle werden vorwiegend auf Grundlage der Goldfarb-Materialien und von Einritzungen in den Kellerzellen dokumentiert. Mit nur drei Beispielen sind die inhaftierten sowjetischen Militärangehörigen aus der Zeit nach 1955 völlig unterrepräsentiert. Dies bedeutet gar einen Rückschritt im Vergleich zu der Memorial-Ausstellung.

Hinweise auf verhaftete Personen, die in Kontakt zum „Bund russischer Solidaristen“ (NTS), zu anderen nationalistischen Emigrantenorganisationen oder zu zionistischen Kreisen in West-Berlin¹³ fehlen völlig – dabei waren sie alle wichtige Zielgruppen der sowjetischen Militärabwehr.

Inhaltlich und gestalterisch völlig inakzeptabel und eigentlich auch peinlich für die mit der Ausstellung befaßten Gremien ist der in Raum 7 im Obergeschoß untergebrachte Themenschwerpunkt „Verurteilung, Strafvollzug und Entlassung“ (Abb. 2). Unter den

8 Staatliches Archiv der Russischen Föderation (GARF) 9409/215, Bl. 188. Eine Kopie des entsprechenden Dokumentes befindet sich auch im Archiv der Gedenkstätte Sachsenhausen.

9 Auskunft von Nikita Petrow, Memorial Moskau, gegenüber dem Autor.

10 Zu den in Potsdam stationierten sowjetischen Militäreinheiten und -strukturen siehe: Kersten, Olaf/Löffler, Hans-Georg/Parchmann, Reinhard/Stoof, Siegfried: Garnisonen der NVA und GSTD. Zur Nutzung der militärischen Standorte von 1871 bis 2010. Berlin 2011, S. 298.

11 In der Ausstellung selbst ist das Foto der Biographie von Ernst-Günther Bluszczy zugeordnet.

12 Nur ein Kollateralschaden? Gespräch mit Bodo Platt.

13 Zum Beispiel: Salzman, Jewgenij: Dieses bittere Glück. In: Damerow, Ingrid (Hrsg.): „Von einer Hölle in die andere“. Jüdische Opfer im Nationalsozialismus und Stalinismus. Die Lebenswege von Ruwim Kozhewnikow und Jewgenij Salzman. Berlin 2010, S. 83 ff.

Überschriften „Artikel 58“, „Strafen“ und „Rehabilitierung“ werden hier lediglich knappe Ausstellungstexte und Flachobjekte gezeigt. Kontextualisierende Ausführungen und eine angemessene Visualisierung zur Praxis der Militärgerichte, zur Vollstreckung der Todesstrafe – 1945 bis 1947 auf deutschem Boden und 1950 bis 1953 in Moskau –, zu den sowjetischen Speziallagern, zum Zuchthauswesen in der DDR, zur Haft in Workuta und anderen GULag-Orten sowie zum Leben nach der Haft sucht man hier vergebens. Dabei wären all diese Themen zwingend notwendig, um die individuelle Repressionsgeschichte zu verstehen. Angeblich konnten sie aus Zeit- und Kostengründen nicht erarbeitet werden und sind für eine zweite Ausstellungsphase vorgesehen. Bei einem Gesamtbudget von über 800 000 Euro und einem Arbeitszeitraum von über drei Jahren klingt diese Rechtfertigung nicht gerade überzeugend. Doch selbst wenn man bereit ist, argumentativ mit diesem ungewöhnlichen Stufenprogramm mitzugehen, erschließt sich nicht, warum die erwähnten Schwerpunkte oder ein so elementar wichtiges Thema wie die Bekämpfung organisierten widerständigen Verhaltens einer nachgeordneten Phase vorbehalten bleiben sollten. Der Verweis auf eine angeblich defizitäre Forschungslage ist in diesem Zusammenhang zum großen Teil ein Scheinargument und zeugt von Unkenntnis.



Abb. 2: Raum 7 im ehemaligen Gefängnis Leistikowstraße mit Ausstellungselementen zum Thema „Verurteilung, Strafvollzug, Entlassung“. Foto: Tobias Voigt.

Die Ausstellungsmacherinnen vermeiden tunlichst jegliche konkreten Angaben oder/und Schätzungen zur Quantifizierung der Gefängnisinsassen. Das gilt zum Beispiel für die Gesamt- und Durchschnittsbelegung, die Anzahl der bisher namentlich ermittelten Betroffenen, darunter insbesondere der Hingerichteten, der unmittelbar in Haft Verstorbenen und der Personen, die ohne Urteil aus dem Abwehrgewahrsam wieder entlassen wurden. Da die Kopien der NKWD-Unterlagen in den verschiedenen

Gedenkstätten vorliegen, wäre es auch ohne weiteres möglich gewesen, die Dimension der Einlieferungen in die Speziallager Bautzen, Sachsenhausen und Torgau zu verifizieren.

Streckenweise vermittelt die Exposition einen unfertigen Eindruck. So wurden in vielen Fällen die Informationstafeln einfach an die Wände gelehnt. Irritierend ist gleichfalls die unerklärt gelassene Leere einiger Räume im Erdgeschoß und des sogenannten Sommergartens im Obergeschoß. Offen bleibt, ob hier Platz für eine Ausstellungserweiterung freigehalten wurde.

Die Texte enthalten mitunter stark simplifizierende Floskeln, wie „Militärangehörige [...] standen unter Beobachtung“ oder Mißhandlungen „[...] mußten durchgestanden werden.“

Unzumutbar ist für viele Zeitzeugen der Umstand, daß primär durch die strengen Brandschutzbestimmungen vom gesamten Kellergeschoß nur der Gang [sic!] im Westflügel besichtigt werden kann. Die dort gelegenen Zellen sind mit einer grellen Beleuchtung ausgestattet, die die ursprüngliche Haftsituation konterkariert. Zudem sind sie durch Barrieren abgesperrt und dürfen nicht betreten werden. Wer die ursprüngliche Memorial-Ausstellung kennt, wird auch die oben erwähnten Eisenbettgestelle und Nachttische vermissen.

Fazit: Die Dauerausstellung in der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße muß inhaltlich überarbeitet, ergänzt und stärker wissenschaftlich fundiert werden. Für die sogenannte zweite Projektphase – interessant wäre es zu erfahren, wie lange sie dauern und wer sie finanzieren soll – ist auch hinsichtlich der Datierung der Exponate, der Quellenbelege und der Erläuterungstexte ein größeres Maß an Akribie ein unbedingtes Muß. Schließlich sollte ein Literaturverzeichnis im Anhang des Katalogs zumindest die Erinnerungsberichte auflisten, aus denen zitiert worden ist.